

Mexiko: Calderóns Reformpläne vor ungewisser Zukunft

Eine grundlegende Reform des politischen Systems in Mexiko hatte Präsident Felipe Calderón kurz vor dem Jahresende 2009 vorgeschlagen. Die ersten Monate des neuen Jahres werden nun zeigen, welche Chancen auf Verwirklichung sie haben, wenigstens in ihren zentralen Elementen. Das Panorama scheint unklar: neben grundsätzlicher Zustimmung aus weiten Teilen der Parteien und informierten öffentlichen Meinung zur Notwendigkeit der Reformen positionieren sich bereits wieder die Bedenkenräger. Ihr Blick richtet sich besonders auf die 15 Wahlprozesse, die in Mexiko 2010 über die Bühne gehen werden.

Präsident Felipe Calderón hat seine Initiative für eine grundlegende Reform des mexikanischen Regierungssystems vorgelegt. Besonders herausragend ist der Vorschlag, die direkte Wiederwahl für Bürgermeister, Abgeordnete und Senatoren zu ermöglichen – bis zu einer Mandatszeit von insgesamt 12 Jahren. Ferner will Calderón den Kongress verkleinern: die Zahl der Abgeordneten soll von 500 auf 400 und die Zahl der Senatoren von 128 auf 96 sinken. Eigene Erfahrungen bei der Wahl 2006 haben möglicherweise bei der Idee Pate gestanden, künftig eine zweite Wahlrunde zwischen den beiden Bestplatzierten bei den Präsidentschaftswahlen einzuführen, sollte kein Kandidat in der ersten Runde mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereint haben. Auf vier Prozent anheben will der Präsident die Hürde für die Parteien, um ihre Registrierung aufrecht zu erhalten und an der staatlichen Parteienfinanzierung teilzunehmen. Auch soll der Präsident selbst künftig erweiterte Befugnisse im Gesetzgebungsprozess erhalten. Als einen der

einschneidendsten Vorschläge könnte sich die Möglichkeit erweisen, künftig bei allen Wahlen auch unabhängige Kandidaten zuzulassen. Dies könnte die viel kritisierte Allmacht der Parteien nachhaltig minimieren.

Verhaltene Reaktionen

Die Kommentare in den Medien und bei der Opposition sind bisher zurückhaltend. So wird etwa darauf hingewiesen, dass der Vorschlag einer zweiten Wahlrunde bei den Präsidentschaftswahlen schon vier Mal während der vergangenen 13 eingebracht wurde – von unterschiedlichen Akteuren und jedes Mal erfolglos. Auch kritisieren Experten, dass die Vorschläge – Jesús Cantú etwa spricht von einem „publizistischen Paukenschlag“ – ohne vorheriges Ausloten gangbare Kompromisse zwischen den politischen Kräften, die zu einer Realisierung unbedingt benötigt werden. Der Hintergrunddienst „Seminario Político“ hingegen lobte: „Die von Präsident Felipe Calderón vorgeschlagene Politikreform ist die wichtigste in der letzten Zeit, zusammen mit der Wahlrechtsreform von 1996, denn sie zielt auf die Modifikation der wichtigsten Elemente der politischen Struktur des mexikanischen Staates.“ Gleichwohl sei sie unzureichend. Sergio Sarmiento kam in der Zeitung *Reforma* zu dem Schluss: „Ich erkenne an, ... dass die Vorschläge des Präsidenten einen Schritt nach vorn in der Konstruktion eines gesünderen politischen Systems darstellen.“ Auch er allerdings meinte: „Es gibt noch viele weitere Reformen, die in Erwägung gezogen werden müssen.“

Spannend wird es, wenn in wenigen Tagen der Kongress zu seinen Sitzungsperioden zusammentritt. Dann wird sich schnell zei-

gen, welche Chancen die Reformvorschläge gerade in einem zentralen Wahljahr wie 2010 haben, wo in 15 Bundesstaaten Wahlen anstehen, in 12 von ihnen sowohl für die Gouverneure als auch für die Regionalparlamente und die Kommunen (Chihuahua, Durango, Hidalgo, Quintana Roo, Zacatecas, Aguascalientes, Oaxaca, Veracruz, Sinaloa, Puebla, Tamaulipas und Tlaxcala – in Baja California, Chiapas und Yucatán finden ausschließlich regionale Parlaments- und Kommunalwahlen statt).

Der Fraktionsvorsitzende der PRI im Abgeordnetenhaus, Francisco Rojas ließ verlauten, Mexiko habe gegenwärtige andere Prioritäten. Hier nannte er eine grundlegende Wirtschafts- und Finanzreform. In die gleiche Richtung argumentierte der PRI-Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto, der gleichzeitig die Einführung der direkten Wiederwahl ablehnte – einmal mehr mit dem Bezug auf die mexikanische Geschichte. Der Fraktionsvorsitzende der PRI im Senat, Manlio Fabio Beltrones bedauerte, dass nicht auch Reformen in der Exekutive zum Vorschlagspaket des Präsidenten gehörten. Wichtige PRD-Politiker bezeichneten den Vorschlag als „begrenzt und ungenügend“. Von seiner eigenen Partei erhielt Calderón die komplette Unterstützung. In der Hauptstadt brachte die PAN zudem zusätzliche Reformideen ein, die auch den Status des *Distrito Federal* neu bestimmen sollen.

Mittlerweile kündigten die Senatsfraktionen von PRI und PRD für den Februar auch eigene Reformvorschläge zum Thema an. Das Ziel: eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Exekutive. So sollen etwa nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der PRD, Carlos Navarrete die Kabinettsmitglieder künftig der Ratifizierung durch den Kongress bedürfen – ebenso wie die neu einzuführende Figur eines Kabinettschefs, ferner will man an der Verabschiedung des nationalen Entwicklungsplans beteiligt werden. Auch soll es künftig möglich sein, Wege zur Amtsenthebung eines Präsidenten zu gehen. Diese Vorschläge sind mit denen aus der PRI, die man bisher kennt, durchaus deckungsfähig.

Natürliche und unnatürliche Allianzen

Die Reformbereitschaft der Parteien dürfte auch davon abhängen, welche Auswirkungen sie für die den laufenden und für kommende Wahlprozesse erwarten. Interessant werden dabei für 2010 nicht zuletzt die möglichen Koalitionen in einigen Bundesstaaten, um die dominierende PRI mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 zu schwächen und ihr nicht flächendeckend die „Lufthoheit“ über noch größere Landesteile zu überlassen.

Hier erreichte der pragmatische Flügel der PRD, *Nueva Izquierda*, auf dem zurückliegenden Parteitag immerhin der Formation zumindest einen Teilerfolg gegen radikalere Positionen, die Bündnisse mit PAN grundsätzlich ausschließen wollten. Die PAN wiederum ist besorgt, dass sich die Niederlagenserie des Jahres 2009 fortsetzen könnte. In neun von den zwölf Bundesstaaten, in denen jetzt der Gouverneur neu gewählt wird, erreichte sie bei den Parlamentswahlen Mitte des vergangenen Jahres nicht ein einziges Direktmandat! Im Bundesstaat Hidalgo fiel sie sogar auf den vierten Platz zurück, noch hinter der „Lehrerpartei“ *Nueva Alianza*. Mit Aguascalientes und Tlaxcala hat sie zwei Bundesstaaten zu verteidigen, wobei die Perspektiven im ersteren zumindest sehr kritisch einzuschätzen sind.

Als Bundesstaaten, für die sich Koalitionen u.a. mit der PAN anbieten, gelten Oaxaca, Puebla, Veracruz und Tlaxcala. Interessant dabei, dass als gemeinsame Kandidaten vorwiegend ehemalige PRI-istas in Frage kommen. Einer davon wäre der PAN-Senator Rafael Moreno Valle Rosas in Puebla, der sich parteiintern noch mit der früheren Ministerin für Soziale Entwicklung, Ana Teresa Aranda Orozco auseinandersetzen muss, einer Vertreterin auch einer der traditionellen PAN-Familien. Moreno Valle gehörte noch bis 2005 der regionalen PRI-Regierung an und verfügt nicht zuletzt über besonders gute Beziehungen zur Führerin der einflussreichen Lehrgewerkschaft, Elba Esther Gordillo. Auf deren Unterstützung bauen dann auch diejenigen, die Moreno Valle als aussichtsreichsten Kandidaten zur

21. Januar 2010

www.kas.de/Mexiko

www.kas.de

Nachfolge des umstrittenen Gouverneurs Mario Marín aufbauen wollen.

In Oaxaca dürfte Gabino Cué antreten, der sich gerade als Senator „beurlauben“ ließ. Er hatte schon 2004 an der Spitze einer Allianz aus PAN, PRD und *Convergencia* nur knapp gegen den jetzigen Amtsinhaber Ulises Ruiz verloren. Auch in Veracruz könnte es eine Allianz von PRD, PAN und *Convergencia* geben, um die PANistas Gerardo Buzanza oder Miguel Ángel Yunes auf den Schild zu heben.

Auch in Tlaxacala – gegenwärtig von der PAN regiert – wird man alles versuchen, ein erwartetes *comeback* der PRI zu verhindern. Chancen könnte sich ein solches Bündnis auch in Chihuahua und Aguascalientes ausrechnen, während die Bundesstaaten Durango und Tamaulipas der PRI wohl unter keinen Umständen zu entreißen sein dürften. Für die PRD selbst steht bei der Verteidigung des Gouverneurspostens in Zacatecas viel auf dem Spiel: hier könnten einmal mehr innerparteiliche Zerrissenheiten zwischen den Anhängern der Gouverneurin Amalia García und denen des Senators Ricardo Monreal den Ausschlag geben.

Hoffnungen macht sich die Opposition auch in Sinaloa, wo die regierende PRI gespalten erscheint. Für die PAN wird wohl der Abgeordnete Manuel Clouthier antreten, ein Sohn des legendären Parteiführer „El Maquío“. Seine Schwester ist bekanntlich mit dem neuen Sozialminister Heriberto Félix verheiratet, der 2004 in Sinaloa als Gouverneurskandidat nur knapp unterlegen war und nun aus dem neuen Rennen ausscheidet.

Gleichwohl regt sich sowohl bei der Linken als auch innerhalb der PAN Kritik an den Allianzüberlegungen – dass sie von der PRI als „unnatürlich“ dargestellt werden, versteht sich dabei fast von selbst. Gleichwohl fragen sich PANistas, ob das Ziel, die PRI aus jahrzehntelangen Machtbastionen zu verdrängen, Verbindungen mit Parteien rechtfertigt, die noch nicht einmal die Legitimität des Staatspräsidenten Felipe Calderón anerkennen. Der PAN-Vorsitzende Cesar Nava rechtfertigte die Absichten: „Es geht darum, eine zivile und soziale Bewegung

weit über die Parteien hinaus zu schaffen, die sich einen politischen Wechsel und eine Transformation in diesen Bundesstaaten vorgenommen hat.“

Für 2012 übrigens wird innerhalb der PRD und vor allem seitens *Nueva Izquierda* immer wieder auch der Name des ehemaligen Rektors der UNAM, Juan Ramón de la Fuente genannt. Dies käme aber sicher nur dann in Frage, wenn sich Kandidaturen von Andrés Manuel López Obrador, Marcelo Ebrard oder Amalia García so blockierten, dass unbedingt ein anderer „Einheitskandidat“ gefunden werden muss. Die AMLO-Anhänger – angeführt von Manuel Camacho Solís – setzen auf die die Gründung des DIA, *Diálogo para la Reconstrucción de México*, der als Plattform für ein abermaliges Antreten des Politikers aus Tabasco dienen soll. Dieses neue Modell löst den erfolglosen *Frente Amplio Progresista* ab und kann mindestens auf die zahllosen Basiskomitees bauen, die López Obrador bei seinen Besuchen in allen Städten und Gemeinden Mexikos in den vergangenen drei Jahren ins Leben gerufen hat. Basis aber sind einmal mehr die Parteien PRD, PT und *Convergencia*.

In der PAN beginnt derweil der Wahlprozess für den Nationalrat der Partei für die Wahlperiode 2010 bis 2013. Er hat u.a. die Aufgabe, den nationalen Parteivorstand und den Parteivorsitzenden zu wählen. 150 der 300 Mitglieder werden in Versammlungen der Bundesstaaten gewählt, weitere 150 wählt die Nationalversammlung vermutlich im Mai 2010. Hinzu kommen Funktionsträger, die dem Gremium Kraft Amtes angehören. Momentan umfasst es 374 Mitglieder.

Schlag gegen Drogenmafia

Ein großer Erfolg ist der mexikanischen Marine zum Jahresende 2009 gelungen: bei einer Schießerei in der Landeshauptstadt des Bundesstaates Morelos, Cuernavaca, starb mit Arturo Beltrán Leyva alias „El Barbas“ einer der wichtigsten Drogenbosse des Landes und Hauptanführer des Sinaloa-Kartells. Die Familie des 51jährigen soll bereits seit rund einem halben Jahrhundert in den Handel mit Opiaten verwickelt sein. Lange arbeiteten die Beltrán Leyva mit ei-

21. Januar 2010

www.kas.de/Mexiko

www.kas.de

nem anderen *capo* des organisierten Verbrechens, dem berüchtigten Joaquín „El Chapo“ Guzman zusammen – 2007 allerdings spaltete sich das Sinaloa-Kartell und beide gingen getrennte Wege. Der Festnahme waren fünfstündige Feuergefechte in einem luxuriösen Privatbezirk von Cuernavaca vorausgegangen, an dem rund 400 Sicherheitskräfte beteiligt waren. Erwartet werden jetzt allerdings heftige Nachfolgekämpfe innerhalb des Kartells und Versuche der Konkurrenz, Bastionen der Beltrán Leyva zu übernehmen.

Der Fall Beltán Leyva brachte aber auch einmal mehr die Korruptionsverbindungen in den Staatsapparat ans Tageslicht. Am Tag nach dem Schlag erschienen etwa Dutzende von Polizisten nicht zum Dienst, bei denen eine Schutzfunktion für Kartellführer angenommen werden kann. Auch zeigten sich verschiedene Verbindungen in Politik und Justiz. Auch die Tatsache, dass die Aktion von Sondereinheiten der Marine und nicht von solchen der Bundespolizei oder des Heeres ausgeführt wurde, gibt zu denken. Für die Marine wird nicht zuletzt ins Feld geführt, dass sie traditionell über sehr gute Beziehungen zu den Drogenbekämpfungsbehörden in den USA und Kolumbien verfügt und für Korruption, schon aufgrund der regionalen Dislozierung, weniger anfällig erscheint.

Die mexikanischen Streitkräfte müssen sich parallel allerdings weiterhin mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzen. Gerade erst veröffentlichte die Organisation *Human Rights Watch* ihren Jahresbericht, in dem speziell Mexiko und Brasilien für Übergriffe ihrer Militärs angeprangert werden. Ähnlich hatte sich im Dezember bereits *Amnesty International* geäußert. Der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof (CIDH) forderte Mexiko auf, seine Militärgerichtsbarkeit grundlegend zu reformieren. Bedenklich erscheint den Organisationen auch „ein Klima der Selbstzensur in verschiedenen Landesteilen“, dass durch die fortgesetzten Morde an Journalisten entstanden sei, die über das organisierte Verbrechen berichtet hätten.

Gleichzeitig ergeben Umfragen, dass die mexikanische Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit eine Beteiligung der Streitkräfte an der Bekämpfung des organisierten Verbrechens für unerlässlich hält. Die Zeitung *El Universal* etwa veröffentlichte am 21. Januar Daten, nach denen sogar 72 Prozent der Befragten der Meinung sind, die Streitkräfte sollten sich nicht aus Ciudad Juarez zurückziehen, der Stadt mit der höchsten Opferquote.

Ein gewisser Stimmungsumschwung ist auch bei der Frage zu erkennen, wer nach Meinung der Bevölkerung siegreich aus dem aktuellen Kampf hervorgehen werde. Sagten im Mai 2008 nur 23 Prozent, sie erwarteten einen Sieg der Regierung (56 Prozent waren der Meinung, die Drogenmafia werde obsiegen), waren es im Januar 2010 immerhin 32 Prozent. Dass nach wie vor 50 Prozent der Bürger annehmen, das organisierte Verbrechen werde den „Krieg“ gewinnen, bleibt gleichwohl alarmierend. 7.724 Opfer soll die Auseinandersetzung laut einer Jahresbilanz 2009 der Zeitung *El Universal* insgesamt gekostet haben, eine Verfünfachung seit den 1.573 registrierten Opfern im Jahre 2005.

Laut einer Zählung der Zeitung *Reforma* waren es 2009 geringfügig weniger Tote: 6.576. Führend ist dabei der Bundesstaat Chihuahua mit der Grenzstadt Ciudad Juarez, wo allein 2.079 Opfer zu beklagen waren. Es folgen Sinaloa (767), Guerrero (638) und Durango (637), während Campeche, Baja California Sur und Yucatán als besonders Richer angesehen kommen. Yucatán etwa registrierte kein einziges Opfer.

Verhaltene Wirtschaftsaussichten

Mit mäßigem Optimismus hat die mexikanische Wirtschaft das Jahr 2010 begonnen. Zwar geht man allgemein davon aus, dass die Rezession in Mexiko beendet ist – 2009 fiel die Wirtschaftsleistung des Landes noch um katastrophale sieben Prozent - die Wachstumsprognosen für 2010 allerdings erreichen nur in den wenigsten Fällen die Drei-Prozent-Marke. Speziell auf dem Arbeitsmarkt dürfte das zu wenig Entspannung führen.

Dort zeigen sich auch die strukturellen Probleme. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mexiko – registriert beim Versicherungssystem IMSS – zwischen dem Jahr 2000 und dem dritten Quartal des Jahres 2009 gerade einmal von 12,3 auf 13,87 Millionen gestiegen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im gleichen Zeitraum verdreifacht. Besonders deutlich fällt zudem die Steigerung der Beschäftigten im sogenannten informellen Sektor aus. Den rund 100.000 Arbeitsplätzen, die in den vergangenen drei Jahren im formellen Sektor neu geschaffen wurden, stehen, so der Experte Enrique Quintana in der Zeitung *Reforma*, im gleichen Zeitraum 2,4 Millionen Personen gegenüber, die neu auf den Arbeitsmarkt drängten.

Diese Situation führt auch dazu, dass das Nationale Statistikinstitut INEGI 12,9 Millionen Beschäftigte benennt, die keinerlei Zugang zu einer Krankenversicherung haben. 13,2 Millionen arbeiten ohne jeglichen Arbeitsvertrag. Da nimmt das Faktum nicht wunder, dass auch die Realeinkommen in den zehn Jahren zurückgegangen sind, mit allen Auswirkungen auf die Lebensqualität. Sie „hat sich im laufenden Jahrzehnt verschlechtert, was heißt, dass es keine Entwicklung des Binnenmarktes gegeben hat“, lässt sich etwa der Wirtschaftswissenschaftler José Luís de la Cruz vom TEC in Monterrey vernehmen und fährt fort: „Das bedeutet auch das Fehlen von Konsum und Investition, die die Möglichkeit, in Mexiko Geschäfte zu machen, behindert. So ist die Gesellschaft zu einem Teufelskreis der Armut verdammt, aus dem sie nicht ausbrechen kann.“ (zitiert nach: El Universal, 18.12.2009)

Geringfügig angehoben wurde jetzt nach Verhandlungen zwischen der Regierung, den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband COPARMEX der gesetzliche Mindestlohn in Mexiko. Er liegt jetzt bei 1.723 Pesos im Monat – knapp 100 Euro. Dies entspricht einer Erhöhung von 4,85 Prozent, ungefähr der Inflationsausgleich für 2009. Mehr, so die Teilnehmer, sei in Zeiten der Krise einfach nicht möglich. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes beziehen knapp sechs Millionen der Mexikaner, 13,36 Prozent der

arbeitenden Bevölkerung, nur dieses Mindesteinkommen oder sogar weniger. Weitere 9,7 Millionen liegen zwischen einem und zwei Mindesteinkommen monatlich.

Konterkariert allerdings werden die Lohnerhöhungen aber in drastischer Form durch die Anhebung verschiedener Steuern zum 1. Januar. Auch hat das Jahr für die Mexikaner mit der Erhöhung der Benzinpreise begonnen. Das Land leistet sich seit langem den Luxus, 40 Prozent des Benzins zu international üblichen Preisen zu importieren und die Preise dann für den nationalen Markt zu subventionieren. Allein im Jahr 2009 wurden dafür neun Milliarden Dollar aufgewendet. Bedenklich ist zudem, dass Experten für 2010 eine Inflationsrate von oberhalb der Fünf-Prozent-Marke erwarten – für 2009 hatte die Nationalbank einen Anstieg der Preise um 3,57 Prozent bilanziert.

Das alles lenkt, gerade zum Ende des Jahrzehnts, den Blick auf grundlegende Entwicklungen in Mexiko. Die anhaltende Wachstumsschwäche scheint dazu zu führen, dass Erfolge in der Armutsbekämpfung in der ersten Hälfte der 2000er inzwischen wieder zunichte gemacht sind. Nach einer entsprechenden CEPAL-Studie gelten mittlerweile 34,8 Prozent der Mexikaner als arm, im Jahr 2006 lag die Ziffer bei 31,7 Prozent. 18,2 Millionen Mexikaner können danach noch nicht einmal die lebensnotwendigen Grundbedürfnisse befriedigen.